



Ausgabe I / 2017

## Schwerpunkt: Sicherheits- und Verteidigungspolitik

U nser – aus organisatorischen Gründen – leider etwas verspätet ausgeliefertes Heft I/2017 hat einen klaren Schwerpunkt: Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Europa ist hier aus verschiedensten Gründen schwer unter Druck und es besteht dringender Handlungsbedarf. Obwohl Österreich als immerwährend neutraler Staat und Nicht-NATO-Mitglied, davon weitaus weniger betroffen ist als jene 22 europäische Staaten<sup>1</sup>, welche sowohl EU- als auch NATO-Mitglieder sind, beweist die seit einiger Zeit auch hier laufende Diskussion sehr wohl, dass auch die Alpenrepublik auf die Dauer diesem Druck nicht widerstehen wird können. Abgesehen davon, dass Österreich sehr wohl in zahlreiche NATO-Programme wie „Partnerschaft für den Frieden“ u.ä. eingebunden ist und daran mitwirkt, wird es sich dem internationalen Trend nach Militarisierung und Aufrüstung kaum entziehen können. Die Politik der neuen US-Administration (Präsident Trump: Europa wird mehr für

seine Verteidigung selbst aufbringen müssen!) aber auch die dramatischen Entwicklungen im Nahen Osten und die dadurch ausgelöste „Flüchtlingskrise“ sowie innereuropäische Spannungsherde wie Ukraine und das nach wie vor unklare und widersprüchliche Verhältnis zu Russland, war und ist Wasser auf die Mühlen jener Bellizisten, welche schon lange für eine stärkere und aggressivere Verteidigungspolitik eingetreten sind. Die Flüchtlingsbewegungen der letzten Jahre wurden von vielen Sicherheitslobbyisten, darunter auch genügend in Österreich, zum Anlass für massive Investitionen in militärische Hard- und Software genommen. Dass man nationale und internationale Krisen sehr wohl auch mit nicht-militärischen Methoden bekämpfen kann, ist in der allgemeinen Angstmache fast völlig in den Hintergrund getreten.

Wir nehmen diese wichtige Auseinandersetzung in diesem Heft mit drei Beiträgen auf: den ersten Teil eines Textes des deutschen Friedensforschers und -aktivisten Jürgen

<sup>1</sup> Hier ist noch Großbritannien mitgezählt.

Rose über die NATO sowie Beiträgen der österreichischen Experten Heinz Gärtner und Thomas Roithner. Diese behandeln das Thema von recht unterschiedlichen Seiten, wodurch eine umfassende Diskussion ermöglicht werden soll. Wir werden uns auch in den nächsten Heften mit Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik befassen (jedenfalls wird im Heft II/2017 der zweite Teil des Textes von Jürgen Rose über die NATO veröffentlicht) und laden Leserinnen und Leser von INTERNATIONAL ein, sich daran zu beteiligen.

### **Innenpolitik treibt Außen- und Sicherheitspolitik an**


Die dramatischen Ereignisse der letzten Jahre haben nun auch in Europa, ja sogar in „Mächten“ wie Österreich einem politischen Grundgesetz, das man lange Zeit hindurch als US-amerikanisches Charakteristikum betrachtet hat, zum Durchbruch verholfen: Außenpolitik ist Innenpolitik. Nun war es auch in der heimischen Politik eine beliebte Variante, alle unliebsamen und unangenehmen Entscheidungen den Eurokraten in Brüssel zuzuschieben (und hat damit geflissentlich unter den Tisch fallen lassen, dass de facto alle wirklich wichtigen Entscheidungen im Rat, also im Gremium der Staats- und Regierungschefs gefällt werden). Spätestens seit Beginn der sogenannten Flüchtlingskrise bedienen sich in verstärktem Ausmaß nationale Politiker der Methode, alles auf Brüssel abschieben (man schreibt sogar seit neuestem offizielle Briefe an die EU), um sich zuhause aus der Verantwortung stehlen zu können. Dass dies oft mit großer Geste und starker Emotion verkauft wird und damit ohnedies bereits bestehende Schwierigkeiten noch weiter vergrößert werden, ja durchaus erklärbar Ängste noch verstärkt werden, wird – des eigenen kurzfristigen nationalen Interesses willen – in Kauf genommen. Dass man dadurch jene nationalistischen und populistischen Kräfte, deren Politik in erster Linie darin besteht, Ängste zu schüren, Menschen zu verunsichern und Schwache und Schutzbedürftige auszugrenzen, noch weiter stärkt, wird als politischer Kollateralschaden hingenommen.

### **Wissen manche Minister eigentlich, wovon sie sprechen?**

Dem breiten Publikum wird da eine Kompetenz und Macht vorgegaukelt, die absolut nicht mehr vorhanden ist. Da werden nahezu jeden Tag neue Lösungsvorschläge für komplizierte Probleme aus dem Ärmel geschüttelt, wobei Experten, welche tatsächlich Bescheid wissen, oft mit dem Staunen über derartig viel Inkompetenz und Unwissenheit nicht nachkommen. Da wird von der Verteidigung der EU-Außengrenze geschwafelt (ein an sich durchaus wichtiges und legitimes Anliegen!) und gleich über Länder und Regionen entschieden, die weder davon wissen bzw. deren tatsächliche Situationen sich offensichtlich keiner der Ideengebauer nur annähernd angesehen hat. Da werden Flüchtlings-Anhaltelager in Georgien, in Libyen etc. geplant, ohne die Georgier überhaupt konsultiert zu haben bzw. ohne sich die völlig chaotische Situation in Libyen, welches ein „höchst erfolgreiches“ Beispiel eines von den USA und einigen europäischen Großmächten angezettelten Regime-Change ist, näher anzusehen. Bei Letzterem geht man sogar soweit, kriminelle und terroristische Organisationen als Handlanger für die europäische Abschottung ins Auge zu fassen. Ernstzunehmende Experten warnen seit vielen Monaten davor, die mehr als fragwürdige libysche

Küstenwache weiter aus- und aufzurüsten. Es ist halt doch einfacher, gut klingende Worthülsen und Schlagzeilen (die noch dazu von der großteils ebenso uninformierten Mainstreampresse apportiert werden) zu produzieren, als den Dingen auf den Grund zu gehen und seriöse Lösungen zu verfolgen.

In diesem Zusammenhang möchte ich gerne auf einen Artikel in diesem Heft verweisen: Der deutsche Entwicklungsexperte Roman Deckert befasst sich unter dem Titel „Südsudan: Das Desaster der Staataufbauer“ exakt mit dem Thema, wonach aus den unterschiedlichsten – nicht immer ehrlichen und gut gemeinten – Gründen westliche Staaten und Lobbys sich als Initiatoren von Staats-Neugründungen und/oder Regime-Wechsel betätigen, ohne sich über die mittel- und langfristigen Konsequenzen ausreichend bewusst zu sein. Der Südsudan ist am besten Wege, sich in eine immer länger werdende Liste von gescheiterten Staaten einzureihen, die ihre Schaffung vor allem auch willkürlichen und stark von außen gesteuerten Interventionen „zu verdanken“ haben. Dass die auslösenden Impulse, die „wohlwollende“ Beratung und Unterstützung vor allem aus Ländern kommt, welche als ehemalige Kolonialmächte (England, Frankreich) und/oder als dominante imperialistische Mächte (hier ist wohl in erster Linie die USA zu erwähnen) wesentlich für die katastrophale wirtschaftliche, soziale und politische Situation dieser Staaten/Regionen verantwortlich sind, bleibt durch die Bank unerwähnt. Auch auf die Gefahr hin, einen nicht in allen Details passenden Vergleich anzustellen: Ein beträchtlicher Teil der aktuellen Flüchtlingswellen ist sehr wohl auch das Ergebnis kolonialer und imperialistischer Dominierung und Ausbeutung. Auch wenn das Viele nicht hören wollen: die Flüchtlinge kommen zu jenen, welche eine beträchtliche Mitverantwortung für Miswirtschaft, Korruption und Menschenverachtung in ihrer Heimat haben!

Somit bleibt mir abschließend die Hoffnung, dass trotz des kritischen und pessimistischen Grundtenors der meisten Beiträge dieses Heftes, INTERNATIONAL 1/2017 doch mit Interesse gelesen und aufgenommen werden mögen. Fundierte Kritik ist meiner Überzeugung nach die Grundvoraussetzung dafür, dass sich Zustände ändern und verbessern können. In diesem Sinne würde es mich auch freuen, Stellungnahmen zu unserem Sicherheits-Schwerpunkt aber auch zu dem einen oder anderen unserer sonstigen Beiträge zu erhalten. 

*Fritz Edlinger*

*E-Mail: [f.edlinger@international.or.at](mailto:f.edlinger@international.or.at)*